

Der Mahnruf

Erscheint wöchentlich

Vierteljahrsabonnement S 1.40

Erscheint wöchentlich

Verwaltung und Redaktion: Elisabethnergasse Nr. 20. — Sperrstunden von 9 bis 12 Uhr vormittags und von 6 bis 7 Uhr abends.

Nummer 36

Graz, Oktober 1927

1. Jahrgang

Arbeitslose!

Erwerbstätige!

Die öffentliche Kundgebung um einen Tag verschoben!

Die Polizei hat die Kundgebung für Samstag verboten. Wir fügen uns heute noch der bewaffneten Gewalt, weil wir die Kundgebung nur einberufen haben als Demonstration für die Forderungen der Arbeitslosen und Erwerbstätigen und gegen die Hungerrationen, mit den die Werkstätigen leben sollen. Setzt jetzt erst recht alles daran, um Sonntag doppelt zahlreich zu erscheinen. Rüst die wenigen Tage bis zur Kundgebung zu einer intensiven Propaganda.

Sonntag, 23. Oktober, 10 Uhr vormittags

Heraus zur Kundgebung

am Freiheitsplatz

Protestiert durch euer Erscheinen

gegen die Unterstützungskürzung bei den Alten,
gegen die Verkürzung des Mietzinszuschusses,
gegen die einseitige Lebensmittelerhöhung.

Demonstriert durch euer Erscheinen

für die Erhöhung der Altersrente,
für die Einreichung der Pfränder in die Rente,
für eine ausreichende Altersversorgung,
für die Wiederherstellung des vollen Mietzinszuschusses,
für die Erhöhung der Unterstützung und der Löhne.

Sprechen werden: Gen. Daniel (Wien), Pfeiff, Friedl, Konrad und Gen. Abfenger.

Kommun. Partei (Opposition)
Bezirksleit. Graz

Prog. Komitee der
Altersrentner

Zentral-Arbeitslosen-
komitee

Seid am Platze!

Die Polizei hat die Samstag-Kundgebung verboten. Die öffentliche Ruhe und Sicherheit sei durch die Protestaktion gefährdet. Den wirklichen Grund verschweigt sie. Dem Gremium der Kaufmannschaft, das schon einmal gegen Wochentagskundgebungen Einspruch erhoben hat, weil die Grazer Großgeschäftsleute die Pöse voll haben, wenn Arbeiter marschieren, sollte ein Liebesdienst erwiesen werden. Ferner glaubt die Polizei durch eine Beschränkung auf Sonntag den demonstrativen Charakter vermissen zu können und die Polizei kalkuliert, daß die Proleten Sonntag nach echt österreichischer Gemütslichkeit die Kundgebung verschlafen, aus den Vororten nicht erscheinen, die proletarischen Haus-

frauen beim Herd stehen, die Jugend hinaus wandeln wird ins Freie und daß derart die Kundgebung nur eine halbe bleibt, wodurch denjenigen auch ein Liebesdienst erwiesen werden soll, gegen die sich die Kundgebung richtet. Durchkreuzt diese Spekulationen!

**Erscheint Sonntag doppelt zahlreich!
Reißt alle Zanderuben mit, fordert alle auf, teilzunehmen!**

Werdet selbst Organisatoren der Kundgebung. Die Arbeitslosen und Erwerbstätigen müssen solidarisches sein. Jeder Einzelne muß durch sein Erscheinen Protest erheben gegen die fortschreitende Verelendung, gegen das Versagen der sozialdem. Führerschaft, gegen die ansteigende, immer frecher werdende Reaktion, gegen das Reume Seipel, für seine Beiseitigung und Sturz!

Ein falscher Schritt.

Die Grazer Gemeindearbeiter wurden von der Landesgewerkschaftskommission im Kampfe um wirtschaftliche Besserstellung in Stich gelassen. Empört über das Verhalten der Gewerkschaftsleitung tritt der Betriebsrat der Gemeindearbeiter unter Führung

des Gen. Eisner für die Bildung eines eigenen Verbandes ein. Unpolitisch soll dieser Verband sein. Ist nicht jeder wirtschaftlicher Kampf der Arbeiter ein Kampf gegen die Politik des Bürgertums, gegen den Kapitalismus? Der Austritt aus der freien Gewerkschaft soll faktisch schon vollzogen sein.

Wir werden in der nächsten Nummer eingehend uns zu diesem Schritt äußern.

40 Milliarden für den österr. Faschismus.

Die „armen“ Unternehmer als Geldgeber.

Der Industriellenverband hat beschlossen, von seinen Mitgliedern ab 1. Oktober 1927 zwei pro Mille der gesamten Lohn- und Gehaltssumme für die Ausrüstung der Heimwehren und Frontkämpfer einzuhellen. Dadurch werden diesen faschistischen Verbänden jährlich 30-40 Milliarden zu Bewaffnungs-, Ausrüstungs- und Werbezwecke zur Verfügung gestellt. Die Gefahr der gewalttätigen Niederschlagung des Proletariats rückt immer näher. Die Reaktion wird trotzdem unterliegen, aber bewaffnet müssen die Arbeiter sein.

Stimmungsstimmung für Buttes Entlassung.

Den Christlichsozialen geht das Schicksal des Großbetrügers Butte sehr ans Herz. Sie möchten ihn schon wieder gern herausgeben haben. Das „Volksblatt“-Abendblatt schreibt deshalb: „Schon längere Zeit leidet er an einem sehr unangenehmen Gelenk-leiden, so daß er im Gehen stark behindert ist.“ Die Christlichsozialen trauen sich nicht offen mit der Farbe heraus. Was sie wollen, ist, daß Butte von einer gerichtsarztlichen Kommission als Gastrücker wieder freigelassen wird.

Renner will die Koalition.

In einer Versammlung der Technischen Union führte Renner, der alte Reformist, aus:

„Denken wir an die Abstraktion, aber nicht an die des einen Teiles, sondern aller Teile. (Auflösung des Schngebundes! Die Reb.) Wir Sozialdemokraten sind bereit, den Ausweg zu weisen. Man sagt, wir verschmähen die Koalition und die Teilnahme an der Regierung. Das ist nicht wahr.“

Über den Größern der Juli-Gefallenen, über die Toten des blutigen Freitag hinweg will Renner der Bourgeoisie, den Händlern der Wiener Arbeiter, die Hand reichen. Glaubt nicht, daß nur Renner allein solche Gelüste hat. Die sozialdem. Parteiführerschaft ist mit ihm eines Sinnes. Kämpfen können und wollen sie nicht, um die Kleinbürger nicht zu erschrecken bleibt also nur der Ausweg in die Koalition, um von den Profitkrümern, die unter den grünen Tisch fallen, das Leben zu fristen. Ob die Arbeiter damit einverstanden sind, beweisen wir.

Betriebsarbeiter!

Die Arbeitslosigkeit ist die Geißel, mit der die Unternehm... auch niederhalten.
Der Kampf der Arbeitslosen ist deshalb auch euer Kampf. Nehmt teil an der

öffentlichen Kundgebung!

Sonntag, 23. Oktober
um 10 Uhr Vormittag

am Freiheitsplatz!

Was die Christlichsozialen von den Sozialdemokraten halten.

Im Christlichsozialen „6-Uhr-Blatt“ vom 7. Oktober konnte man folgendes lesen:

„In den letzten Tagen sind verschiedene Gerüchte aufgetaucht, daß infolge der Ablehnung des sozialdemokratischen Amnestieantrages die parlamentarische Lage eine Verschärfung erfahren habe, die sich möglicherweise auf die Arbeiten des Zollauschusses auswirken könne.

Nunmehr hat auch die „Arbeiterzeitung“ in ihrer Ausgabe vom 6. Oktober erklärt, daß die Beratung des Sozialtarifes im Zollauschuß allmählich ihrem Abschluß entgegenzugehen scheint. Damit ist zum Ausdruck gebracht, daß die Sozialdemokraten trotz der Ablehnung ihres Amnestieantrages, der übrigens eine leere Demonstration war, der Gesetzgebung des Sozialtarifes keine unüberwindlichen Schwierigkeiten in den Weg stellen und somit auch die Arbeitsfähigkeit des Hauses nicht gefährden wollen.

Damit ist die Preisgabe der proletarischen Interessen in der Amnestie und Zollfrage bewiesen. Nicht daß wir alauden, die S. P. hätte es in der Hand, den Angriff der Bürgerlichen auf das Proletariat restlos abzuwehren, nein! Was wir ihr zum Vorwurf machen, ist das völlig kampflöse Zurückweichen vor den Bürgerlichen, so daß selbst diese sich über die Fähigkeiten der S. P. Führungskraft belustigen.

Die Heimwehren rüsten.

Nadlersburg, 9. Oktober 1927.

Die Fasziistentruppen Hintelen, Landespräsident Pfarrer Kölbl, Nationalrat Hampfl, Baron Bachofen-Echt, der Grazer Frontkämpfer-Hauptmann Mraček, der Wiener Frontkämpfer-Oberst Hül, Hans Keimlinghaus und Doktor Priemer hielten in Nadlersburg eine Heimwehrtagung ab. Die Bewaffnung der Heimwehren standen im Vordergrund der Diskussion. Der Heimwehrtagungsleiter Priemer erklärte: Die Bevölkerung besteht aus zwei Teilen. Aus Lumpen, Unruhestifter und heimatlosen Gesellen einerseits und aus den Leuten die Ordnung und Recht kennen andererseits. Oberst Hül pries Hintelen als den tapfersten Bekämpfer des Bolschewismus. In einer internen Sitzung wurden eingehend Ausrüstungsfragen besprochen.

Mured, 9. Oktober 1927.

Baron Bachofen-Echt und Heimwehrtagungsleiter Priemer hielten auf dem Hauptplatz eine Heimwehrtagung ab. Die Tagung stellte sich gegen das Streikrecht der Arbeiter. In einer Führerschaft wurden eingehende Richtlinien über die Ausrüstung des Bezirkes ausgearbeitet. Dem Führer Priemer wurde berichtet, daß die Bewaffnung der in der Heimwehr Organisierten vollständig sei. Jeder Bauer verfügt über mehrere Gewehre.

Stainz, 7. Oktober 1927.

Auf der Schießstätte des Stainzer Schützenvereines fand ein Heimwehrtagungsabend statt. Die Bauern der Stainzer Gegend, die in den Heimwehren organisiert sind, verfügen ebenfalls über sehr viel Waffen. Die Reaktion rückt zum Bürgerkrieg. Jeder Reaktionsär hat seine Waffen zur Hand, um die Arbeiter wie in Italien niederzuschlagen. Wo bleibt die Bewaffnung des Schutzbundes. Heraus mit der Bewaffnung des Schutzbundes! In die Hand eines jeden Schutzbündlers ein Gewehr!

Reaktionäre Wehrmachtmasteraden.

Am 7. Oktober 1915 haben beim Donauübergang Semlin unter dem Kommando des Massenmörders Madajsen viele österreichische Pioniere, Arbeiter und kleine Bauern ins Gras gebissen. (Den Helldentob gefunden!) Waugin der christlichsoziale Seeresminister wollte, daß dieser Tag gefeiert wird. (Den Helldentob zu feiern, das war schon immer eine besondere Manier

Arbeitslose!

Männer, Frauen, Jugendliche
Sonntag, 23. Oktober, 10 Uhr Vormittag
Kinauf zum Freiheitsplatz
demonstriert
für die Erhöhung der Unterstützung!

der Clappenschweine.) So kam es, daß die Wehrmänner des Pionierbaon 5 nach langem Drill zu der am 7. Oktober am Mariabildersplatz stattgefundenen „Gedächtnismesse“ in Nachtschermadjustierung mit Gichtlaub aufmarschieren mußten. Verschiedene Reaktionsäre hatten sich zu dieser Masterade eingefunden, u. a. der Polizeipräsident Kunz, Oberst Rosenberger, General Ferrares und der Rosalengeneral Kocher mit Stiefel und mit Sporn. Der feiste, durch einen besonders gut angelegten Bachhändlsriedhof ausgezeichnete Militärsprecher Almer, der vor einem Jahrzehnt die Waffen mit dem Weihwasser der christlichen Nächstenliebe einsegnete, las die Messe, worauf Oberst Baumel eine in dreimonatlichen schweren Geburtswehen unter Beihilfe vieler Gebämmen ausgebrütete Rede hielt. Die Wehrmänner des Pionierbaons 5 verstehen was mit diesen Masteraden bezweckt wird. Sie lassen dem Kommando sagen, daß sie darauf nicht auf den Leim gehen.

Der Verbandstag der Metallarbeiter.

Der Verbandstag war eine Enttäuschung für jeden revolutionären Metallarbeiter. Es blieb alles beim alten. Keine Spur von Erkenntnis der Fehler der Vergangenheit. Tiefer Pessimismus durchzieht die Reden aller Referenten und Diskussionsredner. Die Wirkungen des 15. Juli liegen wie ein Alp auf der Tagung, der durch den Munde Otto Bauers der offene Rechtskurs der S. P. aufgetischt wurde.

Der Vorstandsbericht bemächtigt sich über die Rückschläge und Mißerfolge des Verbandes hinwegtäuschen. Domes gab offen zu, daß die Verbandsleitung den Unternehmern nach dem Metallarbeiterstreik 1924 erklärte: „Wir wollen keinen Sieg... wir sind in den Kampf zur Verteidigung des Organisationsrecht getreten!“ Das heißt praktisch, die Verbandsleitung will jeden ernstlichen Kampf, der geeignet wäre, den Widerstand der Unternehmer zu brechen, anhängige Löhne und Arbeitsbedingungen zu erzielen, mit Rücksicht auf die kleinbürgerliche Politik der S. P. ausweichen. Domes verdrößt die Metallarbeiter auf eine Entwicklung, die die Rationalisierung vielleicht bringen wird, „die unsern Interessen mehr entspricht“. Deshalb meint er, müsse man die Folgen der Rationalisierung prüfen und zu ihnen Stellung nehmen. Hueber teilt der Tagung kommentarlos mit, daß 50 Prozent der Arbeitslosen durch die Rationalisierung überhaupt keine Aussicht haben, wieder „in den Arbeitsprozeß eingestellt zu werden“. Wäre diese Folge der Rationalisierung nicht schon lange zur Prüfung und Stellungnahme reif? Darüber hat Domes und Hueber geschwiegen. So werden sie zu allen Folgen der Rationalisierung schweigen, sich von Zeit zu Zeit damit begnügen, sie festzustellen und moralische Betrachtungen über die Unmoralität des Kapitalismus anstellen. Statt Kampfmaßnahmen, die geeignet wären das Ubel der Arbeitslosigkeit bei der Wurzel zu fassen, den Kampf um Arbeit und Brot aufzunehmen, begnügt sich der Verbandstag mit Samariterdienst und erhöhte die gewerkschaftliche Arbeitslosenunterstützung. Wenn Janicek in seinem Referat über die Sozialpolitik aufzeigt, wie mörderisch sich die Folgen der Rationalisierung in der Glühlampenindustrie auswirken, wo die Maschinen bei 40 bis 45 Grad Hitze das Arbeitstempo vorschreiben, den Arbeiterinnen keine Minute Erholung oder Aussehen er-

möglichen, so ist dieser unmenschliche Zustand voll und ganz in das Schuldkonto der reformistischen Gewerkschaftstaktik des Domes, Janicek und Hueber zu buchen. Das ist und wird in allen rationalisierten Betrieben so sein, solange nicht die Arbeiter für die Lösung kämpfen: Erhöhte Arbeitsleistung nur gegen erhöhten Reallohn, Fließbandarbeit und Verdichtung der Arbeit nur bei verkürzter Arbeitszeit und gleichen Lohn! Für jede Abteilung, für jeden Arbeitsprozeß muß im Einvernehmen mit dem Betriebsrat eine Höchstleistung festgesetzt werden (Maximalarbeitsklausel). Hätte diese Verbandsleitung für obige Forderungen gekämpft oder sie zumindestens am Verbandstag für die Zukunft erhoben, würde der Metallarbeiterverband einen Schritt vorwärts getan haben. Das ist nicht geschehen. Für die Metallarbeiter ist die Aufgabe der Zukunft: Diese Forderungen in den Betrieben und Gewerkschaften erheben, die Verbandsleitung zu zwingen für sie einzutreten.

Janicek führte bittere Klagen über die Ungünstigkeit der Parität in den Industriellen Bezirkskommissionen und der Arbeitslosenämter; er bedauert den Mangel an Autonomie der Industriellen Bezirkskommissionen, deren arbeiterfreundlichen Beschlässe, wenn solche überhaupt gefaßt werden, in der Regel vom christlichsozialen Minister aufgehoben werden. Es hat eine Zeit gegeben, wo es eine Leichtigkeit gewesen wäre, die Forderungen der Kommissionen, die für eine freigewerkschaftliche Arbeitermehrheit und Autonomie dieser Institutionen eintraten, durchzuführen. Damals wurde diese Forderung von Domes und Genossen als undemokratisch mit Entrüstung zurückgewiesen.

Bittere Klagen führen alle Delegierten über die Macht der Unternehmer, die sich über alle sozialpolitischen Rechte der Arbeiter hinweg setzen. Der Grazer Sekretär Florian Jang sagt: „Die politischen Behörden tun nichts, um sie zu bestrafen.“ Wir erstatten wohl die Anzeigen, die Behörden rühren sich aber meist nicht, und die Strafen sind so gering, daß sie die Unternehmer nicht abschrecken, sondern gerade zu anteuern, die Gesetze zu übertreten.“ Was wir Kommunisten immer sagten. Die Gesetze gelten nur solange, als hinter ihnen die revolutionäre Kraft der Arbeiterschaft steht. Domes und Genossen haben alles getan, um die revolutionäre Kraft der Arbeiterschaft zu brechen, die Arbeiter für den Wiederaufbau des Kapitalismus zu gewinnen.

1918 bis 1920 waren es die Gewerkschaftsführer, die die Forderungen der Arbeiter mit dem Hinweis auf die schlechte Lage der Industrie bremsen und auf den Wiederaufbau des Kapitalismus vertöschten. Heute sind es dieselben „Führer“, die über die Macht der Unternehmer jammern, die den Arbeitern das Koalitionsrecht rauben wollen. Als erste Etappe soll den öffentlichen Angestellten das Koalitionsrecht geraubt werden. Die Resolution über die Taktik des Verbandes fordert die Arbeiter zur Bereitschaft auf, um den Anschlag der Regierung auf das Streikrecht der öffentlichen Angestellten abzuwehren. Wie soll man diese Lösung ernst nehmen, wenn in der Vergangenheit bei weit besseren Kampfbedingungen Position um Position aufgegeben wurde. Wie soll man daran glauben, daß die Gewerkschaftsbürokraten, die am 15. Juli kapitulierten, den Generalkrieg abbrechen, jetzt kämpfen werden. Wenn die Arbeiter nicht aus eigener Initiative, mit Entschlossenheit um ihre Interessen kämpfen werden, auf Domes, Hueber und Genossen können sie sich nicht verlassen. Die Lösung Huebers: seid zum Abwehrkampf bereit, dient nur zur Maskierung der Passivität. Während der Verbandstagung wäre hinreichend Gelegenheit gewesen, den Abwehrkampf zu organisieren. Im Parlament wurden die Zölle erhöht, die 17.000 Arbeitsveteranen wurden um ein Drittel ihrer Unterstützung beraubt, die Arbeitslosenfrage wurde im großen Bogen umgangen, die Teuerung und die Lohnfrage wurde überhaupt nicht gestellt. Die Schaffung von Industriearbeitsverträgen wird sabotiert, obwohl die breite Masse der Metallarbeiter sie fordern. Nichts ist geschehen,

Altersrentner, Pfründner!

Am 23. Oktober, 10 Uhr vorm.,
Freiheitsplatz, öffentliche
Kundgebung für auskömmliche Renten!
Nicht zu Hause bleiben!

Umso aktiver war die Verbandsleitung gegen die oppositionellen Metallarbeiter. Pils, der Obmann der Kupferschmiede, wurde wegen Unterzeichnung eines Flugblattes, das zur internationalen Gewerkschafts-einheit aufforderte, ausgeschlossen. Die Verbands-leitung kündigte an, auf den nächsten Gewerkschafts-kongress einen Antrag einzubringen, wonach alle Mit-glieder, die bei Arbeiterkammerwahlen auf anderen Listen gegen die freigewerkschaftlichen Listen kandidieren, aus den Gewerkschaften auszuschließen sind. Dieses Vorhaben ist ein Attentat auf die demokratischen Rechte der Gewerkschaftsmitglieder. Die Verbands-leitung macht keinen Fehl daraus, daß der Metall-arbeiterverband aus engste mit der sozialdemokratischen Partei verbunden ist. Folglich muß den Mitgliedern, die einer anderen proletarischen Partei angehören das Recht eingeräumt werden, ihre politische Überzeugung durch die Aufstellung eigener Kandidaten zum Aus-druß zu bringen. Besteht man aber auf einheitliche freigewerkschaftliche Listen, so muß man die Mitglieder der andern proletarischen Parteien, entsprechend ihrer Stärke (Proporz), durch Urabstimmung in der Mit-gliedschaft, bei der Aufstellung der Kandidatenliste berücksichtigen.

Die Hauptlehre des Verbandstages ist: verläßt euch nicht auf die kleinbürgerlichen Reformisten vom Schlage Domes usw., vertraut auf eure eigene Kraft, bildet eine revolutionäre Opposition innerhalb des Verbandes, deren Ausgangspunkt und Ziel, — die Umwandlung des Metallarbeiterverbandes in eine revolutionäre Kampforganisation — sein soll.

Kenner, der Sieger.

Offener Rechtskurs der Sozialdemokratie. Aus der „Arbeiterstimme“, Zentralorgan der kommunistischen Partei (Opposition) entnommen.

Er hat Recht behalten, der alte Skeptiker. Er der niemals an den Sozialismus, an die Revolution, an die Kraft der Arbeiterklasse glaubte, der letzte Mittstreich, der nur an eines wirklich glaubte, nämlich an die Ewigkeit der Habsburger-Monarchie, er hatte gewarnt vor den „Machtillusionen“ die man „künstlich“ in die „Arbeiterchaft hineinträgt“. Er wußte es ja: die scheinrevolutionären Rinken vom Schlage Otto Bauers, die ebenso wenig an einen wirklichen Kampf gegen das Kapital und seinen Staat denken wie er, der alte Reformist, die aber, um die Masse reflexlos zu beherrschen, sich der revolutionären Phrase bedienen, sie mußten Schiffbruch erleiden. Ein rechtschaffener Diener der Bourgeoisie sein und die Arbeiter in diesem Sinne zu erziehen ist besser, als viel von „Macht“ und „Revolution“ zu reden, wo es ja doch nichts anderes gibt als — Diener zu sein, das war und ist Kenners Weisheit.

Die Arbeiter haben den Linken, den großen Theoretikern des Austro-Markismus geglaubt, die ihnen von der Größe ihrer Macht und ihrer Unbesiegbarkeit deklamierten, solange, bis es der Bourgeoisie beliebte, der Arbeiterklasse Anschauungsunterricht über die Methoden des Klassenkampfes zu geben.

Nun schreien die großen Theoretiker: „Es war kein Putsch der Reaktion, es war nur — Neurotizität, schlechte Führung der Polizei und der Pallawatsch mit der Scheibenmunition.“

Gleichzeitig aber ist ihnen bange geworden vor den eigenen Phrasen, die die Arbeiter so ernst genommen haben. Und so fangen sie an, sachte und behutsam, sich zu Kenner zurückzuziehen.

Die Reaktion hat zu den Waffen gegriffen, sagt ihr? Keine Spur, es war nur die nervöse Polizei! Und wenn die Reaktion zu den Waffen greift? (Wir wissen, daß sie es am 15. Juli bereits getan.) Dann werden wir, so hieß es in Linz, die Demokratie mit den Waffen verteidigen.

Jetzt aber, nach dem Blutbad des Juli, verkündet der Aufruf der sozialdemokratischen Partei vom 7. September in der „A.Z.“, „Wir wissen, daß wir die Befreiung des werktätigen Volkes von dem Druck des kapitalistisch-kerikalen Regimes der Reaktion

Arbeitslose, Hauptmieter!

Unbedingt und geschlossen an der
Öffentlichen Kundgebung
am **Freiheitsplatz**

Sonntag, 23. Oktober, 10 Uhr Vormittag teilnehmen. Die Kundgebung ist ein Protest gegen die Mietzinskürzung bei den Untermietern zugleich auch ein Protest gegen die geplante Mietzinskürzung bei den Hauptmietern. Hauptmieter und Untermieter **geschlossen erscheinen!**

nur mit den Mitteln der Demokratie, nur durch Gewinnung der Mehrheit des Volkes erringen können.“

Die Reaktion schießt? Wir werden's ihr zeigen — her mit dem Stimmzettel!

Der Banterott der Anarcho-Kommunisten.

Es ist kein Zufall, daß diese politischen Gasar-beure mangels Erkenntnis kommunistischer Politik, sich zum politischen Banditentum entwickelt haben. Schon der innerparteiliche Kurs vor der Spaltung wurde vom J.-R. derart eingestellt, um die, ihr geistig überlegene Opposition frühzeitig auszuschalten. Zuerst Verschweigen der politischen Differenzen zwischen J.-R. und Opposition vor der ganzen Mitgliedschaft, dann persönliche Beschmutzung und Verleumdung der Führer der Opposition, um die Kernfrage nämlich die politischen Gegensätze zu verwischen. Gleichzeitig erfolgten Suspendierungen, Ausschlässe, Maßregelungen, um der Opposition ganz die Möglichkeit zu nehmen, innerhalb der Partei ihren Standpunkt zu vertreten. Die weitere Art der Auseinandersetzung wurde durch das J.-R. mittels Organisierung persönlicher Heze in der Mitgliedschaft bis zu tätlichen Bedrohungen und Ueberfälle auf einzelne der Opposition gesteigert. Die im letzten Artikel aufgezeigten Fälle waren nur einige Beispiele aus dem politischen Zirkus oder Narrenhaus der Anarcho-Kommunisten. Und diese Leute wagen es täglich sich auf die Brust zu klopfen, und zu schreien: „Wir sind die Kommunisten“.

Noch tragen sie den Namen Kommunisten, leider zum Schaden des Kommunismus und der ganzen Arbeiterbewegung. Jedoch die überwiegende Mehrheit der Arbeiterchaft von Graz und des Boitsherger-Köflacher Bergreviers hat wie die übrige revolutionäre Arbeiterchaft in Osterreich bereits nach wenigen Monaten der Beobachtung und praktischen Erfahrung erkannt, auf welcher Seite die wirklichen Kommunisten stehen.

Der Anarcho-Kommunismus hat einen vollständigen politischen Banterott erlebt. Einzig und allein die finanzielle Unterstützung geflattet ihn, in Osterreich sein lächerliches und zuweilen schändliches Dasein zu fristen. Unsere Aufgabe ist es, die Fahne des wirklichen revolutionären Kommunismus, den uns Lenin lehrte in Osterreich hochzuhalten, unsere Partei, die **Kommunistische Partei (Opposition)** auszubauen und so die Vorbedingung zu schaffen, für den Sieg der proletarischen Revolution in unseren Lande.

Aus dem Arbeiterleben

Vom armen, in seiner Ehre verletzten Mieterwred.

Wer einmal recht herzlich lachen möchte, dem raten wir sich das Haus Dienengasse 28, seinen Besitzer Jakob Weiß und seinen Anschlagkasten, den er im Hausflur anbringen ließ, zu betrachten. Sämtliche Artikel des „Arbeiterwille“ und des „Mahner“ in

Proletarische Hausfrauen

sind anwesend
Sonntag, 23. Oktober
um **10 Uhr vormittags**
am **Freiheitsplatz!**

Erscheint zum Protest gegen Teuerung!

denen es etwas Neues von Herrn Weiß gibt, sind ausgeschnitten, eingeklebt und mit einer höchst haus-herrlichen Randbemerkung versehen. Daß man gesehen haben! — Wir werden schon dafür sorgen, daß der Stoff nicht ausgeht, der Anschlagkasten bald zu klein wird und Herr Weiß darangehen kann, ein Werk „Memoiren eines geplagten Hausherrn“ zu veröffentlichen.

Unternehmerwille nach dem 15. Juli.

Als Leser des „Mahner“ freut es mich, daß hier über das Leben der Arbeiter berichtet und proletarische Interessen vertreten werden. Der „Mahner“ darf sich aber nicht nur mit den Arbeitslosen und Altersrentnern beschäftigen, er muß die Gesamtinteressen aller Arbeitenden vertreten. Es wäre deshalb wünschenswert, wenn recht viele Arbeiter mit Berichten aus dem Arbeiterleben mitarbeiten würden. Nun will ich ein Erlebnis eines Bergarbeiters aus dem westösterreichischen Kohlenrevier schildern. Die Alpine Montan (Werk Karlsbach) nimmt Arbeiter nur dann auf, wenn sie auf einem Bedingungsbogen mit ihrer Unterschrift erklären, auf Urlaub, Enzeld und Deputatlohn zu verzichten. Ein kriegsinvalidler Berg-arbeiter sollte sogar aufs Brudersladenmitgliedsrecht verzichten. Als das Invalidenamt in diesem Falle einschritt, wurde der Betreffende zur Betriebsleitung gerufen, wo ihm erklärt wurde: „Sie haben jetzt die vollen sozialen Rechte, aber ob es ihnen Rosen bringen wird, wissen wir nicht. Heute arbeiten Sie noch, aber wie lange, wissen wir ebenfalls nicht!“ Dies beweist deutlich den Vormarsch der Reaktion, besonders nach dem 15. Juli. Wo ist die sozialdem. Partei? Im ständigen Rückzug! Erinnert euch an die Jahre 1918—22. Der Betriebsrat hat damals über Aufnahmen und Entlassungen entschieden — und heute? Heute ernten wir die Früchte der sozialdemokratischen Politik.

Wob.-Borr., Weitzberg.

Urgt Mißstände beim Grazer Arbeitslosenamt.

Es laufen bei uns Klagen von Altersrentnern ein, bei denen alle Voraussetzungen für den Bezug der Altersrente gegeben sind und die trotzdem heute noch immer auf die Auszahlung der Rente warten. Dies ist umso empörender, als die von der Schlam-perei Betroffenen von der Luft leben sollen. Jener kommt es in letzter Zeit häufiger vor, daß Kontroll-karten, die zur Verlängerung eingezogen wurden, erst nach 14 Tagen bis 3 Wochen wieder ausgegeben werden. Derselben Verzögerungen sind auch bei der Ausfolgung von Bescheiden zu konstatieren. Arbeitslose warten 14 Tage nach der Sitzung oft noch immer auf den Bescheid. Wovon sie derweil leben, darum kümmert sich kein Hund. Diese Mißstände sind entweder auf Gleichgültigkeit der leitenden Instanzen oder auf organisatorische Unfähigkeit der Leiter des Arbeitslosenamtes zurückzuführen. Die Arbeitslosen können diesen Zustand nicht länger ertragen. Der Arbeiterkammer müssen diese Zustände bekannt sein. Sie hat die Pflicht, Wandel zu schaffen.

Die Barmherzigkeit der Barmherzigen Schwestern. Das wirkliche Gesicht der Christlich-sozialen.

Mit 14 Jahren kam die Halbwaife Franziska Badner ins Marienkloster zum Nähen lernen. Dort verblieb sie bis zu ihrem 60. Lebensjahre. Sie war der Patsch für alles. Mit Nähen fing sie an, mit Kohlentragen hörte sie auf. Im 30. Lebensjahre wurde sie im Kloster geheiratet, mit 40 Jahren wurde sie von der Barmherzigkeit zu Boden gestoßen. Urlaub hat sie in den 46 Jahren keinen genossen, außer einigen Krankheitstagen. Lohn bekam sie 20 Kronen für 6 Monate vor dem Krieg. Mit diesen Betrag sollte sie ihr Quartier bestreiten, da sie auswärts wohnte. Dieses Kunststück wurde derart ermöglicht, daß sie so lange auf Quartiersuche ging,

bis sie wo umsonst einen Bettplatz erhielt. Als sie diesen aufgeben mußte, bekam sie ein Zimmer in dem zum Marienloster gehörenden Hans Sigmund-Str. 36. Mit 60 Jahren wurde sie aus dem Zimmer hinausgeworfen, um ein neues Quartier in einem Pferdehals angemieten zu erhalten. Das bestreitet zwar die „hochwürdige“ Schwester Kononin Fabiana Neger, sie erklärt den Stall für einen Schuppen. Als die Lachner ging, siehe da, war ein Spartaftbuch für sie von einer Verstorbenen, die sie pflegte, vorhanden. Dieses Spartaftbuch hatte die Schwester Fabiana einmal, wann weiß sie selbst nicht (!), für die Lachner erhalten. Im Spartaftbuch sind einige Abbeurteilungen verzeichnet, die Lachner hat sie nicht gemacht; die Schwestern, in deren Händen das Buch verwahrt war, wissen auch nichts. Heute ist es, da es noch dazu entwertet ist, ein festes Papier. Die 60 Jahre alte Lachner, die 48 Jahre bei den „berühmtesten“ Schwestern gearbeitet hat, mag sie heute verhungern, wenn nicht eine Arbeiterfamilie sie über Wasser halten würde. Das Marienloster erklärt: „Wir sind selber arm, wir können der Lachner nichts mehr geben!“

Die Stilllegung der Grazer Glasfabrik.

300 Arbeiter sollen auf Pfahle geworfen werden!

„Die Arbeitslosen wollen nichts arbeiten.“ so hört man die Spießbürger oft an ihrem Viertelsgroßen. Daß 300 Betriebsarbeiter wieder von dem Unternehmer zur Erwerbslosigkeit verdammt werden, ist das Produkt der heutigen „Ordnung“. Rückwärts werden sie auf die Straße geworfen, wenn nicht genügender Profit herauskommt oder durch die Modernisierung der Technik mit einem kleinen Bruchteil der Arbeiterzahl die gleiche Warenmenge erzeugt werden kann. Hat die Gewerkschaft der Glasarbeiter genügende Schritte unternommen, um dies zu verhindern? Die Verkürzung der Arbeitszeit z. B. um eine Stunde täglich bei gleichbleibendem Lohn wäre geeignet, vielen den Arbeitsplatz zu erhalten. Der Abwagmangel wird bis zur Umgestaltung des Betriebes künstlich vorgekauft, um den Abbau der Arbeiterschaft bei Wiederbetrieb begründen zu können. Auch wurde, wie uns gemeldet wird, den Hilfsarbeitern die 50 Kilogr. Deputatlohe eine Woche vor Fälligkeit entzogen, wofür der „Arbeiterwille“ nichts berichtet. Wir sind deshalb nicht der Meinung, daß die Gewerkschaft der Glasarbeiter schon alles unternommen hat, um den 300 Glasarbeitern ihr Brot zu erhalten, bezw. vor gänglicher Arbeitslosigkeit zu schützen.

Achtung vor Provokateuren!

Der Kundgebung ist kein geschlossener Auf- oder Abmarsch angeschlossen. Diese Weisung einhalten, damit der Polizei keine Gelegenheit gegeben wird, die Kundgebung zu stören. Elemente, die Störungen versuchen sollten, abweisen! Es werden sich vielleicht Provokateure herumtreiben!

Der rote Späher.

Erzählung aus Sibirien von Nestorichin, Fortsetzung.

Über die zweite und dritte Teiloperation aber waren überhaupt keine Mitteilungen irgendwelcher Art nach außen gedrungen.

Außer uns dreien und den Leitern der betreffenden Teiloperationen konnte niemand auch nur eine Ahnung von irgend einem Zusammenhang unserer Maßnahmen haben. Und trotzdem, ein Mißerfolg nach dem anderen! Kein Zweifel, in unserer Mitte befindet sich ein Spion! Aber wer? Wer war dieser Spion?

Ich ariß nach der Namensliste derjenigen, welche sich in unserem Stabsquartier aufhielten und blätterte sie durch.

Da stand zuerst der Name unseres Armeekommandanten, des Genossen Petroff, eines alten, erprobten, in allen Verfolgungen der zaristischen Blutherrschaft festgebliebenen Bolschewiken, der seine Über-

Ereignisse der Woche

Watte ist seit Dienstag, den 11. Oktober im Lande gerückt. Aus dem Lager der christlichsozialen dürfte ihm bald einer zu Hilfe eilen, vielleicht Rintelen selbst, um den „Mißgriff“ wieder auf zu machen. Wir kennen doch die bürgerliche Gerechtigkeit, die den Arbeiter, den kleinen, vernährt und den Bourgeois, den großen Betrüger, laufen läßt.

Sozialer Wahlen. Die Kommunisten erhielten 41.000 Stimmen, die aber von der Regierung für ungültig erklärt wurden. Die Sozialisten erhielten 56.000 Stimmen. Diese wurden von der Regierung anerkannt.

Geißel provoziert! Am 11. Oktober empfing der Prälat die für geleistete Verdienste dekorierten Polizeibeamten. Er gab seiner Freude über die große Zahl der dekorierten, die sich unter der Führung des hochverehrten Polizeipräsidenten Schöber um das Volkswohl verdient gemacht haben, Ausdruck.

Ein Lump. Der Bruder sozialdemokratische Gemeinderat Promis, der ein besonderer Feind gegen Kommunisten war, ist ins Lager der Bürgerlichen übergegangen. Wieweil ihm das eingetragen hat, ist noch unbekannt. Die bürgerlichen Zeitungen, die das als eine Spaltung der S. P. Organisation Bruch hinstellen, lügen bewußt.

Exportförderung nach Sowjetrußland. Die Gemeinde Wien hat für Lieferungen nach Rußland eine Garantie in der Höhe von 100 Millionen Schilling übernommen.

In ein Kloster entführt wurde im März d. J. die siebenjährige Tochter des Kaufmannes Jllig aus Gallensee bei Berlin. Eine religiöse Tante hatte das Kind in einem oberösterreichischen Kloster versteckt gehalten, wo es erst vor wenigen Tagen gefunden wurde.

Hamburger Wahlen. R. P. D. 111.294; S. P. D. 249.233; Deutsche Volkspartei 75.127; Demokraten 65.477; Deutschnationale 97.512; Zentrum 9784. Die R. P. D. hatte gegenüber 1924 über 33.000 Stimmen gewonnen. Die Sozialdemokraten haben mit den Demokraten und der Deutschen Volkspartei eine Regierungskoalition geschlossen.

Die christlichsoziale Brandstifterin Paula Weibel, die als Inhaberin eines Zimmermanngeschäftes mehrere Brände legte, um daraus geschäftlichen Vorteil zu ziehen, wurde am 9. d. M. in St. Pölten zu 12 Jahren Kerker verurteilt. Weil die Brandstifterin die Frau des christlichsozialen Bürgermeisters von Tulln ist, nennen die christlichsozialen das Urteil ein Schandurteil.

Zur kommunistischen Partei Deutschlands (R. P. D.) ist der S. P. D. Unterbezirk Bissau-Danzig unter Führung des Reichstagsabgeordneten Planitskowski übergetreten.

Das mazedonische Attentat. Die Ermordung des Brigadegenerals Michajlo in Stip (Südserbien)

ist auf das Konto Italiens zu buchen, das aus kriegerischen Verwicklungen am Balkan Vorteil heraus schlagen will.

Der mexikanische Aufstand ist endgültig zusammengebrochen. Die Rebellengenerale Gomez und Almagro sind geschlagen. Sie flohen ins Gebirge. Gomez ist ein Agent des amerikanischen Imperialismus, der den von clerikaler Seite geschürten Indianer-Aufstand ausnützen wollte, um die Geschäfte des U. S. A. Imperialismus zu vertreten.

13 Jahre gefangen gehalten wurde in Lobs (Polen) ein Mädchen von ihrer geisteskranken Mutter. Das Mädchen war in der Gefangenschaft irrsinnig geworden und mußte in eine Heilanstalt.

Opfer der Gasriegelindustrie. Offenbach a. M., 5. Oktober. Im Betriebe der F. C. Farbenindustrie, Abteilung Offenbach, ereignete sich ein schmerzlicher Unfall. Ein Arbeiter, der mit der Öffnung einer Gasbombe, die tödlich wirkendes Phosgen enthielt, beschäftigt war, bemerkte, daß die Bombe undicht war und Gas ausströmte. Den im gleichen Raum beschäftigten Arbeitern rief er laut „Phosgen!“ zu. Die Arbeiter ergriffen die Flucht, während andere mit Gasmasken geschützte Arbeiter die Bombe darauf in den Hof brachten. Eine im ersten St. arbeitende Chemikerin und ein Chemiker öffneten ein Fenster um frische Luft einzulassen. Am Abend stellten sich bei ihnen Beschwerden ein; beide mußten ins Krankenhaus gebracht werden, wo inzwischen die Chemikerin an Phosgenvergiftung gestorben ist, während der Chemiker in bedenklichem Zustande darniederliegt.

Ein „Volksblatt“ in München. Das christlichsoziale Organ erzählt in schauerlicher Aufmachung, daß am 15. Juli ein Benzinattentat auf die Wiener Universität geplant war. Damit wollen die Christlichsozialen die Gemüter aufputschen. Wahres ist nichts daran, obwar die Wiener Universität, ein Feind des reaktionären Ungeheuers, eine Ausräucherung dringend benötigten würde.

Gestochen wurde der beim Bahnbau Felzbach-Gleichenberg beschäftigte 26 jährige Hilfsarbeiter Andreas Hofer im Verlaufe eines Streites mit seinem Wädel. Der aus der rechten Brustseite Verletzte wurde ins Landeskrankenhaus gebracht. Die Messerstecherin wurde verhaftet.

Udes Wirtschaftspartei in den letzten Tagen. Am 10. Oktober sind die letzten Abtreiber von Udes Wirtschaftspartei zu einem Rendezvous im Märchenaal zusammengekommen. Ullig wurde die Versammlung, als ein gewisser Dr. Sernez Ude und seine Abstinenztheorie für das Unglück der Wirtschaftspartei verantwortlich machte. Dieser Versammlung werden kaum noch einige Atemzüge der Wirtschaftspartei folgen.

Papierhelden!

Die Anarchokommunisten, Gruppe Sagram, die als kommunistische Partei Versammlungen einberufen, entpuppen sich sogar als Helden. Anstatt für die vom Zentralarbeitslosenkomitee einberufene Massenkundgebung einzutreten, haben sie sich die Wangen ins Hirn gesetzt mit Gesuchen, die sie den Arbeitslosen gratis und vorgeblich liefern wollen, die Gemeinde Graz zu bewegen, auf den Zwei-Schilling-Abzug bei den Unternehmern zu verzichten. — Es wäre wahrlich besser, sie geben sich den Firmitäten: Lieferanten für Hinterteil-Auswischpapier S. m. 6. B.

zeugungstreue in vielen langen Kämpfen der Partei erwiesen hatte. Er war Schlosser von Beruf. Wurde als revolutionärer Kämpfer zweimal in die Verbannung geschickt und flüchtete jedesmal, um wieder für die Partei zu arbeiten. Er mußte auch lange Jahre in der Emigration im Auslande leben.

Unsere roten Soldaten schenken ihm blindes Vertrauen und folgen seinen Befehlen in unbedingter Ergebenheit. Sie wußten: seine Arbeit galt Tag und Nacht der Revolution.

Sodann — ich, Bissitschin, ein alter Bolschewik und Bäcker. Schon als Knabe, als Bäckerlehrling, schloß ich mich der Bewegung an, kämpfte 1905 auf den Barrikaden, flüchtete ins Ausland, lebte in der Emigration als Bäcker — in Konstantinopel, Paris und London, und kehrte im Jahre 1917 nach Rußland zurück, wo ich mich der revolutionären Arbeit hingab. Vor kurzem hat mich die Partei mobilisiert und hierher geschickt als Mitglied des revolutionären Kriegsworts der Armee.

Der dritte — Chosow, unser Stabsleiter. Ein noch verhältnismäßig junger Mann von 26 bis 27 Jahren, ehemaliger Fähnrich, aber mit bedeutender revolutionärer Vergangenheit. 1917 stellte er sich entschlossen auf die Seite des Proletariats, war der erste rote Kommandant in einer proletarischen Stadt im Süden, verhaftete einmal dort an der Südfront einen ganzen Offizierskongreß, wurde dafür zum Tode verurteilt, verschwand, wurde von dem Offiziersbund flehentlich verjagt, flüchtete nochmals, lebte bis zum Oktober 1917 illegal, gründete dann eine rotgardistische Gruppe, an deren Spitze er selbst kämpfte. Mit dieser Truppe eroberte er mehrere Städte und organisierte in ihnen die Rätegewalt. Zu unserem Stabsleiter ernannt, erwies er sich vom Anfang an als der verlässlichste und hingebungsvollste Revolutionsarbeiter. Er war uns teurer als ein Stratege, der durch eigene Kraut aus unseren Reihen hervorgegangen.

(Fortsetzung folgt.)